

Debatte: Ob mit oder ohne ISAF Mandat: Unsere Verantwortung für die Menschen bleibt.

von Dietmar Nietan

Den Fehlern, die das Bündnis im Rahmen seines Einsatzes in Afghanistan gemacht hat, darf es jetzt nicht noch den einen ganz großen Fehler hinzufügen, sich überstürzt und kopflos aus diesem Land zurückzuziehen. Wir dürfen die Menschen in Afghanistan nicht im Stich lassen. Es bedarf deshalb jetzt der Überprüfung, ob der notwendige Strategiewechsel in Afghanistan auch tatsächlich erfolgt. Genau diesen Strategiewechsel hatte die SPD im Vorfeld der internationalen Afghanistan-Konferenz Ende Januar 2010 in London gefordert. In der Weiterentwicklung seines 10-Punkte-Plans haben damals Frank Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel ein Positionspapier mit klaren Aussagen und Forderungen zum deutschen Engagement in Afghanistan vorgelegt. Erst als wichtige Teile dieser SPD-Forderungen von der Bundesregierung aufgenommen wurden, habe ich – wie die meisten SPD-Bundestagsabgeordneten – der Verlängerung des Mandats für den Militäreinsatz in Afghanistan am 26. Februar 2010 im Deutschen Bundestag zugestimmt.

Die wichtigsten Punkten, die die SPD damals durchsetzen konnte, waren:

- Keine zusätzlichen deutschen Kampftruppen.
- Eine deutliche Aufstockung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau.
- Einen Strategiewechsel weg von einer rein militärischen Ausrichtung der Bundeswehr hin zu mehr Ausbildung für afghanische Sicherheitskräfte.
- Beginn des Abzugs der deutschen Truppen ab 2011.
- Benennung eines Zeitkorridors für das Ende unserer militärischen Kampfhandlungen



↳ Dietmar Nietan ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und war bereits von 1998-2005 MdB. Er ist stellv. Sprecher der SPD im Europa-Ausschuss sowie Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages.

Foto: privat

im Einklang mit den Plänen der afghanischen Regierung für die Jahre 2013 – 2015.

Dabei sind für mich folgende Punkte besonders wichtig:

- Der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau Afghanistans und die Versöhnung seiner Bürgerinnen und Bürger kann nur Aufgabe der Menschen Afghanistans sein. Absolut existentiell ist es Job-Perspektiven für junge Menschen unter 25 Jahren zu schaffen, um ihnen eine Alternative zu den Angeboten der aufständischen Kräfte zu bieten.
- Die SPD muss sich auch weiterhin verstärkt als natürlicher Ansprechpartner für Konzepte des zivilen Wiederaufbaus verstehen. Eine Evaluation der bisherigen Förderprojekte ist seit langem überfällig. Wir haben die Bundesregierung deshalb erneut zu einer unabhängigen Evaluierung aufgefordert.

Und zuletzt: Es geht nicht in erster Linie um mehr Geld. Eine reine Erhöhung des Mitteleinsatzes kann auch gravierende Fehlanreize für Korruption und Misswirtschaft zur Folge haben. Jetzt ist es Zeit Bilanz zu ziehen und ehrlich zu bewerten, welche unserer Forderungen tatsächlich umgesetzt wurden. Von dieser Bestandsaufnahme werde ich mein Votum für eine Verlängerung des Bundeswehrmandates im Januar 2011 abhängig machen. Egal, wie wir uns am Ende entscheiden: Die Entscheidung für ISAF war die der ersten rot-grünen Bundesregierung. Aus diesem Grund haben SPD und Grüne eine besondere Verpflichtung auch in Zukunft ihrer Verantwortung für die Menschen in Afghanistan gerecht zu werden – ob mit oder ohne ISAF Mandat! ■